

Berlin, Freitag,

den 14. Dezember 1917.

Berliner Börsen-Beitung.

63. Jahrgang.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Geschäftsstelle.

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal. Bezugs-Preis: Vierteljährlich ohne Fracht...

Anzeigen-Preis: Die sechsseitige Zeile 70 Pf. Bestammet u. 2 Mt.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Flugschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften...

Zuschriften

nur an die Schriftleitung, nicht an einzelne Mitglieder werden.

Table with 4 columns: Fern-Schriftleitung u. Geschäftsstelle, Drucker, Schriftleitung u. Geschäftsstelle, Telegramm-Adresse, Postschek-Konto.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 13. Dezember, abends. Amtlich.

Von den Kriegesplanungen nichts Neues.

Berlin, 13. Dezember.

In Flandern steigerte sich am 12. Dezember die Artillerietätigkeit gegen unsere Stellungen in Gegend Dismuide. Auch unsere Stellungen zwischen Bahn Boefinghe-Station und Ypern-Moulers erhielten teilweise lebhaften Beschuss...

Bahnanlagen und Lager bei Ypern, Batterien südwestlich Dismuide, die militärischen Anlagen in den Orten Dünkirchen, Fournes, Elverdingen und Boperinghe wurden bei beobachteter guter Wirkung mit Bomben belegt.

Westlich Cambrai entziffen eigene Stotrupps östlich Bullecourt dem Engländer in etwa 600 m Breite ein Grabensystem und brachten außer 6 Offizieren und 84 Engländern 4 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer als Beute ein. Auf der Cambrai-Front hat sich am 13. Dezember seit 6 Uhr vormittags lebhafter, auf die Nachbarschaften übergreifender Artilleriekampf entwickelt.

An mehreren Stellen der französischen Westfront brachten wir aus erfolgreichen Unternehmungen Gefangene und Beute ein.

Ein Seegefecht?

Saugesund, 13. Dezember.

(Meldung des Aghanischen Bureaus.)

Gestern war eine mehrstündige Kanonade westlich von Aftire hörbar, am stärksten von 1 bis 3 Uhr nachmittags. In Brandesund, zwischen Saugesund und Bergen, traf ein stark beschädigter englischer Torpedojäger ein. Einzelheiten fehlen.

Kaiser Wilhelm an Hoehendorf.

Wien, 13. Dezember.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der Deutsche Kaiser richtete an Feldmarschall Freiherrn Conrad v. Hoehendorf folgendes Telegramm:

Ich sende Ihnen sowie allen beteiligten Führern und Truppen Meinen warmsten Glückwünsche zur Einnahme des Monte Mellea und zu den anschließenden herrlichen Erfolgen österreichisch-ungarischer Waffen. Von Herzen wünsche ich Ihnen ein weiteres Fortschreiten der so glücklichen Operationen.

Angebliche neue Armentierverfolgung.

Berlin, 13. Dezember.

Ein Funkpruch Eiffelturm vom 30. November meldet, daß das Internationale Sozialistische Bureau in Stockholm den Sozialisten der Zentralmächte einen Brief überhand hat, worin es deren Eingreifen zur Abwendung der angeblich geplanten neuen Armentierverfolgungen erbittet.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist die Befürchtung des Sozialistischen Bureaus unbegründet. Die türkische Regierung denkt nicht an eine neue Deportierung von Armentiern.

Balfour über angebliche Friedensanträge der Mittelmächte.

Berlin, 13. Dezember.

Nach einer Renoterhebung aus London, welche bisher nur als Protokollentwurf vorliegt, hat Herr Balfour auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob die britische Regierung von den Mittelmächten Friedensanträge erhalten habe und ob die Regierung darüber eine Erklärung abgeben könne, geantwortet:

„Da die Volkskommissare in Petersburg es für gut befunden haben, einen vertraulichen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London bekanntzugeben, steht nichts mehr im Wege, zuzugeben, daß die Regierung Seiner britischen Majestät im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daßes der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche, und daß sie bereit sei, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen Frankreichs, Italiens, Japans, Russlands und der Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hierauf erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstigen amtlichen Mitteilungen in dieser Angelegenheit erhalten.“

Hierzu ist folgendes wichtig und ergänzend zu bemerken:

Anfangs September empfing die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine solche, daß nach den internationalen Gepflogenheiten mit Sicherheit angenommen werden mußte, die neutrale Anfrage erfolge mit Vorwissen der großbritannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis. Ferner konnte aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit darauf geschlossen werden, daß das englische Kabinett von diesem Schritte wenigstens seinen wichtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit; es boten sich ihr hierzu zwei Wege, die der mittelbaren oder der unmittelbaren Beantwortung. Gegen die mittelbare Beantwortung, das heißt durch die Vermittlung einer neutralen Macht, sprach die durchschlagende Erwägung, daß jede einseitige Bekanntgabe der deutschen Stellungnahme auch schon dem neutralen Vermittler gegenüber die deutsche Politik einseitig ohne jede Gewähr für die von der Gegenpartei eingenommene Stellung binden würde. Eine direkte mündliche Beantwortung durch einen Vertrauensmann erschien bei dieser Sachlage als die zweckdienlichere. Der weitere Verlauf der Ereignisse drängte indes der deutschen Regierung die Überzeugung auf, daß auf Seiten unserer Gegner nichts geschah, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen. Von der von Herrn Balfour erwähnten Forderung der britischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit, jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, hat die deutsche Regierung erst durch die Mitteilung Wrs. Balfours im Unterhaufe Kenntnis bekommen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von deutscher Seite nicht erfolgt.

Ein französischer Urlaubserzug entgleist.

Wien, 13. Dezember.

„Gazette de Louvaine“ meldet aus Madaue, daß im Tunnel bei Madaue ein französischer Urlaubserzug entgleist ist, wobei acht Hundert bis neun Hundert Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Die Trümmer des Zuges hätten Feuer gefangen.

Für das gleiche Wahlrecht.

Einer der führenden Männer der nationalliberalen Partei des Provinz Schlesien, Herr Rittergutbesitzer Schmidt als in Groß Lichunome (Kreis Militsch), sendet uns folgende mit unseren Anschauungen durchaus übereinstimmende Ausführungen:

Unter den Gründen, die von dem nationalliberalen Fraktionsführer Dr. Lohmann gegen das gleiche Wahlrecht bei der ersten Lesung im Abgeordnetenhaus vorgebracht worden sind, steht im Vordergrund der, daß das preussische Volk seiner politischen Bildung noch nicht reif genug dazu ist. Der Begriff der politischen Bildung eines Volkes ist schwer zu fassen, einen rechten Maßstab dafür gibt es nicht. Die politische Bildung läßt sich auch nicht wie die allgemeine Bildung durch theoretische Kenntnisse auf dem Weg über die Schule dem Volk einpflanzen, denn die Politik ist eine eminent praktische Betätigung, in der Dogmatiken und Schulweisheit mehr oder minder verfallen. Die politische Bildung könnte einem Volk nur durch praktische Betätigung beigebracht werden, indem es durch den Besitz politischer Rechte dazu gebracht wird, selbst politische Aufgaben zu beurteilen und bei ihrer Lösung mitzuwirken. Die Voraussetzung ist dazu natürlich das Vorhandensein einer gewissen allgemeinen Bildung, die die große Mehrzahl der Bürger befähigt, die ihnen durch Schrift und Wort nahe gebrachten Fragen zu erfassen und zu verfolgen. Daß diese allgemeine Bildung in Preußen nicht vorhanden wäre, wird niemand behaupten wollen. Wenn nun bei uns die politische Bildung nicht Schritt gehalten hat mit der allgemeinen Bildung, so liegt das eben daran, daß der politische Einfluß des Volkes zu gering war, um ein starkes politisches Interesse in allen Schichten zu wecken. Die politische Bildung kam aber erst mit dem politischen Interesse und der eigenen Verantwortung, die aus der eigenen Betätigung entspringen, eintreten. Allerdings haben auch wir eine gewisse politische Bildung des Volkes, die aber gerade zeigt, wie falsch es ist, das Volk von der politischen Verantwortung fernzuhalten. Es ist die Bildung, die aus der Agitation der Sozialdemokratie erwachsen ist, einer Partei, die infolge unserer Verhältnisse immer in der Opposition hat stehen müssen und so dem Volk nur ein Zerbild von politischer Bildung überbracht hat. Wer also die politische Bildung des Volkes haben will, der Sorge zuerst für politisches Interesse, indem er politische Rechte dem Volke gibt. So muß der Weg sein, so ist er immer gewesen und so wird er bleiben. Wer dem Volke politische Rechte verweigern will, weil es noch nicht reif ist, der verhindert nicht nur die politische Bildung, sondern wirkt gerade dahin, daß infolge des oppositionellen Geistes eine gefährliche und falsche Bildung Platz greift.

Inzwischen hat der Krieg unendlich viel nachgeholt, was früher verkannt worden ist. Er hat uns eine politische Erziehung gegeben, die Jahrzehnte überspringt, er hat das Zerbild zerstört, aber auch den politischen Willen, das politische Interesse geweckt und gestärkt, wie es so gewaltig nur diese große Zeit hat schaffen können. Mit einer Lebendigkeit wird das deutsche Volk nach dem Kriege an die politischen Fragen herangehen, die ihm früher fremd war. Gerade das aber sollte von allen denen, die an der Wahlreform mitzuarbeiten haben, nie vergessen werden. Die Gegner des gleichen Wahlrechts glauben die schwere Verantwortung nicht tragen zu können für die durch das gleiche Wahlrecht herbeigeführte Mobilisierung in Preußen. Wenn aber an diesem Widerstand die Reform scheitert? Was kommt dann? Ist die Verantwortung für das, was dann kommt, nicht viel, viel schwerer zuzutragen? Wenn neun Zehntel des Volkes mit leidenschaftlichem politischen Willen das gleiche, geheime, direkte Wahl-